

Dietmar Molthagen / Oliver Decker

Das Problem ist die Mitte

Studie über rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

In der öffentlichen Diskussion über Rechtsextremismus in Deutschland werden zumeist die rechtsextremen Straftaten in den Mittelpunkt gestellt. Wenngleich deren Anzahl weiter steigt, rückt hierbei die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen oftmals in den Hintergrund. Zwar besteht zwischen einer Einstellung und dem Verhalten ein Zusammenhang, aber sie sind nicht identisch – wie unsere Alltagserfahrung zeigt. So war und ist die Frage dringlich, wie hoch neben den sichtbaren rechtsextremen Handlungen (Straftaten oder Wahlverhalten) die rechtsextreme Einstellung in der Bevölkerung ist. Deshalb hat das FORUM BERLIN der FES die beiden Wissenschaftler Dr. Oliver Decker und Prof. Dr. Elmar Brähler von der Universität Leipzig mit der Durchführung einer Repräsentativbefragung zu rechtsextremen Einstellungen beauftragt. Die im Artikel diskutierten Ergebnisse sind in der Studie *Vom Rand zur Mitte* publiziert worden.

Rechtsextremes Denken verfestigt sich

Rechtsextreme Einstellungen lassen sich in sechs Dimensionen differenzieren: Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Im Mai/Juni 2006 wurden 4.872 repräsentativ ausgewählte Bundesbürger entsprechend befragt. Kernelement war ein Fragebogen, der aus einer Konsensuskonferenz führender Rechtsextremismusforscher im Jahr 2001 hervorgegangen ist. Zu den Dimensionen wurden jeweils drei Aussagen angeboten, zu denen die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer fünfstufigen Skala notieren sollten. Die folgenden Prozentangaben beziehen sich auf jene Befragten, die allen drei Statements einer Dimension zugestimmt haben, und bei denen wir von einer entsprechend rechtsextremen Einstellung (etwa Ausländerfeindlichkeit) sprechen.

Insgesamt sind die Befragungsergebnisse im Vergleich zu Vorgängerstudien weder besonders gestiegen noch gefallen. Das bedeutet, in Deutschland gibt es ein sich verfestigendes rechtsextremes Den-

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2006 (in Prozent)

	Gesamt	West	Ost
Befürwortung einer Diktatur	4,8	4,4	6,5
Chauvinismus	19,3	20,1	16,1
Ausländerfeindlichkeit	26,7	25,7	30,6
Antisemitismus	8,4	9,5	4,2
Sozialdarwinismus	4,5	4,0	6,2
Verharmlosung des Nationalsozialismus	4,1	4,6	2,0

Quelle: Oliver Decker/Elmar Brähler:
»Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland.«
Hrsg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006.

ken unabhängig von tagesaktuellen Einflüssen. Die Ergebnisse zeigen zudem die sehr unterschiedlich starke Verbreitung der rechtsextremen Einstellungsdimensionen.

Die höchsten Zustimmungswerte erhalten bundesweit ausländerfeindliche, chauvinistische und antisemitische Aussagen. Während nur etwa jeder zwanzigste Deutsche eine Diktatur befürwortet bzw. den Nationalsozialismus verherrlicht oder so-

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss und Erwerbsstatus (in Prozent)

	14-30 Jahre	31-60 Jahre	bis 60 Jahre	Erwerbstätige	Arbeitslose	Männer	Frauen	Schule	Studium
Befürwortung einer Diktatur	4,9	4,6	5,2	4,2	11,9	6,4	3,5	5,2	2,8
Chauvinismus	16,0	18,9	22,0	18,0	24,9	21,7	17,1	20,6	11,2
Ausländerfeindlichkeit	22,6	24,7	32,7	23,2	37,2	28,5	25,2	29,1	12,3
Antisemitismus	7,1	7,9	10,2	7,6	10,8	9,7	7,3	9,2	4,1
Sozialdarwinismus	3,5	4,4	5,2	4,3	6,3	5,5	3,6	4,8	2,2
Verharmlosung des Nationalsozialismus	3,3	4,0	4,6	3,6	8,2	5,1	3,1	4,3	2,8

Quelle: Oliver Decker/Elmar Brähler: »Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland.« Hrsg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, www.fes.de/rechtsextremismus/inhalt/mat.htm

zialdarwinistischen Aussagen zustimmt, finden ausländerfeindliche Aussagen Zustimmung von mehr als einem Viertel der Bevölkerung. Bezogen auf die Ausländerfeindlichkeit treten auch die auf allen Skalen unterschiedlichen Werte für Ost- und Westdeutschland am deutlichsten ins Auge: Im Osten stimmt ausländerfeindlichen Aussagen fast jeder dritte Befragte zu (West: 25,7 %).

Dagegen hat der klassische Antisemitismus eine stärkere Ausprägung in Westdeutschland, wenn auch mit geringerem Gewicht: knapp jeder zehnte Westdeutsche zeigt sich als Antisemit (Ost: 4,2 %). Auch sind ein Fünftel der Westdeutschen chauvinistisch eingestellt (Ost: 16,1 %) und vertreten somit die Ansicht einer deutschen Überlegenheit gegenüber anderen Staaten. Eindeutig sind also rechtsextreme Einstellungen kein rein ostdeutsches Phänomen.

Bis in die Mitte der Gesellschaft

Wenn man genauer untersucht, welche Personengruppen rechtsextreme Einstellungen aufweisen, zeigen sich deutliche

Unterschiede hinsichtlich der Bildung und des Geschlechts. So stimmen Befragte mit hohem Bildungsabschluss den rechtsextremen Aussagen in der Regel seltener zu, wie auch Frauen seltener als Männer rechtsextremen Aussagen zustimmen. Der Erwerbsstatus hat ebenfalls einen Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen. Erwartungskonform können wir in unserer Untersuchung eine auf allen Skalen rechtsextremistischere Einstellung bei den Arbeitslosen feststellen. Allerdings ist Rechtsextremismus kein Arbeitslosen-Phänomen, wie die ebenfalls hohen Werte bei Erwerbstätigen oder Rentnern zeigen. Schließlich zeigen sich auch Unterschiede bei der Betrachtung verschiedener Altersgruppen, unter denen die über 60-Jährigen durchgängig die höchsten Werte erreichen.

Zusammenfassend ergibt die Studie *Vom Rand zur Mitte*, dass rechtsextreme Einstellungen in allen gesellschaftlichen Gruppen, in allen Altersgruppen sowie im Westen und Osten vertreten sind – eben bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. So verwundert es nicht, dass sich rechtsextreme Einstellungen auch bei allen be-

fragten Akteuren der Demokratie (Parteienanhänger, Gewerkschaftsmitglieder und Kirchen) wiederfinden lassen. Diese Ergebnisse machen deutlich, dass der Rechtsextremismus ein dauerhaftes und gesamtgesellschaftliches Problem ist, zu dessen Lösung jede gesellschaftliche Institution gefragt ist.

Abwehrstrategien zum Umgang

In Politik und Öffentlichkeit werden verschiedene Strategien zum Umgang mit rechtsextremen Einstellungen diskutiert. Um eine zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz rechtsextremen Denkens zu verhindern, sind die öffentlichen Aussagen von Meinungsführern – insbesondere Politikern – von entscheidender Bedeutung. Daher ist es wichtig, dass in der öffentlichen Auseinandersetzung mit sozialen Missständen, gesellschaftlichen Integrationsdefiziten oder Reformen des Sozialstaats jegliche Ethnisierung der Konflikte strikt vermieden wird. Die soziale Ächtung von Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und anderen rechtsextremen Ungleichwertigkeitsvorstellungen hat sich insgesamt als erfolgreich zur Bekämpfung des Rechtsextremismus erwiesen und sollte daher beibehalten werden. Eine Aufnahme rechtspopulistischer Positionen durch die demokratischen Parteien führt dagegen zu einem Akzeptanzgewinn rechtsextremer Einstellungen. Eine inhaltliche Konfrontation zwischen rechtsextremen und demokratischen Positionen ist vielmehr nötig, um Unterschiede deutlich zu machen. Dies bedeutet gerade auf kommunalpolitischer Ebene eine neue Notwendigkeit, Vorgänge und Entscheidungen zu begründen. Die Erklärung »das haben wir immer schon so gemacht« reicht in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus allein nicht aus.

Zur langfristigen Veränderung von politischen Einstellungen ist Bildung nach

wie vor das wirksamste Mittel. Die Studie *Vom Rand zur Mitte* ergab signifikant niedrigere rechtsextreme Einstellungen bei Menschen mit höherer Bildung. Allerdings ist Bildung allein kein Allheilmittel, da sich auch bei höhergebildeten Menschen rechtsextreme Einstellungen finden. Bürger müssen zudem positive Erfahrungen mit der Demokratie machen, um demokratische Einstellungen (wieder) zu erlangen. Wo Bürger an der politischen Willens- und Entscheidungsfindung beteiligt werden, machen sie die Erfahrung, gefragt und gebraucht zu werden. Das wiederum kann sich positiv auf die Unterstützung der die Mitwirkung garantierenden Demokratie auswirken. Methodisch kann dies über Partizipationsverfahren gelingen, wie beispielsweise Bürger- oder Zukunftskonferenzen, die u.a. die FES durchführt.

Die weite Verbreitung rechtsextremer Einstellungen verdeutlicht die Notwendigkeit vielgestaltiger Gegenmaßnahmen. Für einzelne Zielgruppen, aber auch regionalspezifisch, müssen Projekte der Demokratie- und Toleranzförderung, sowie Maßnahmen der politischen Bildung entwickelt werden. Denn die Herausforderung durch Menschen mit rechtsextremer Einstellung und die Aktivitäten rechtsextremer Organisationen wird auf absehbare Zeit erhalten bleiben.



Dietmar Molthagen (*1974)
ist Referent für Rechtsextremismus
im Forum Berlin der FES.
dietmar.molthagen@fes.de



Oliver Decker (*1968)
ist Assistent an der Selbstständigen
Abteilung für Medizinische
Psychologie und Medizinische
Soziologie an der Universität
Leipzig.
oliver.decke@medizi.uni-leipzig.de